



Einmischen!

Demokratische Haltung und politisches Engagement von Jugendlichen stärken.

Projektträger

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. (LBE)

Projektpartner

Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband

Bayerischer Philologenverband

Bayerischer Realschullehrerverband

Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen / Freiwilligen-Zentren /

Koordinierungszentren Bürgerschaftlichen Engagements Bayern (lagfa Bayern e. V.)

Landeschülerrat

Lehrstuhl für Politikdidaktik Universität Eichstätt (Universität Bayern e.V.)

Schirmfrauschaft: Eva Gottstein, Beauftragte der bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt

1. Projektidee

»Einmischung ist der einzige Weg realistisch zu bleiben«. Heinrich Bölls Satz aus einem Essay im Jahr 1977 bezog sich auf die Aufgabe von Schriftsteller*innen und Journalist*innen, undemokratisches Handeln und Verstöße gegen Menschenrechte aufzudecken, zu benennen und kritische Nachfragen zu stellen. Demokratische Ideen wie Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde sollten keine idealistischen Vorstellungen bleiben, sondern durch Beteiligung praktiziert und gesichert werden. Bölls Satz kann aber auch als genereller Appell verstanden werden, dass für eine demokratische Gesellschaft die Mitwirkung ihrer Menschen essentiell ist: „Einmischen erwünscht“.

Eine lebendige Demokratie zeigt sich nicht nur in funktionierenden Institutionen und Gesetzen, sondern ebenso in gelebten demokratischen Werten, Einstellungen und den Handlungen der Bürger*innen. Demokratisches Denken und Handeln sind aber nicht angeboren, sondern müssen erlernt werden. Demokratiebildung ist auch Präventionsarbeit: Jeder Mensch muss von Kindesalter an lernen, eigene Interessen zurückstellen zu können, andere Perspektiven zu verstehen und Konflikte friedlich auszuhandeln. Auch Schule und Jugendarbeit sind gefordert einen Beitrag zu leisten, dass Kinder und Jugendliche eine eigenständige Persönlichkeit entwickeln, demokratische Werte leben und sich dafür engagieren. Kinder und Jugendliche brauchen Gelegenheiten, um demokratische Erfahrungen zu sammeln: Erfahrungen damit, andere Meinungen kritisch zu hinterfragen, ein eigenes Urteil zu bilden und zu vertreten, sowie mit eigenem Tun zu einem friedlichen Zusammenleben in einer offenen und freien Gesellschaft beizutragen.

Die Projektidee „Einmischen!“ setzt bei der Förderung des politischen Engagements junger Menschen an: Über Bayern verteilt sollen an Schulen und Einrichtungen der Jugendarbeit Projekte zum Thema „Demokratisches Engagement“ initiiert werden. Das Projekt soll in Anlehnung an Konzepte des „Lernen durch Engagement“ Lernprozesse durch Engagementerfahrungen ermöglichen. Mit „Einmischen!“ soll

ein neues Angebot entstehen, das auf politisches Lernen und praktische Demokratieerfahrungen ausgelegt ist: Schüler*innen der Jahrgangsstufen 8 bis 10 wählen ein aktuelles gesellschaftliches Schlüsselproblem aus, um ein eigenes Engagementprojekt an der Schule oder im näheren Umfeld zu realisieren. Zur Auswahl stehen vier Schlüsselprobleme, die besonders auch Jugendliche betreffen: Klimawandel und Nachhaltigkeit, Demokratiegefährdung und Extremismen, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit sowie Armut und soziale Gerechtigkeit. Durch begleitende Workshops und in Kooperation mit Ehrenamtlichen aus einer zivilgesellschaftlichen Einrichtung stärken die Schüler*innen ihr Bewusstsein für gesellschaftliche Probleme und demokratische Werte. Sie entwickeln ihre politische Urteilsfähigkeit weiter und sammeln Erfahrungen beim Planen eines Projekts, um in der eigenen Lebenswelt Veränderungen zu einem nachhaltigen und demokratischen Miteinander anzustoßen. Die Projekte sollen ausgewertet und langfristige Kooperationen zwischen Schüler*innen, Schule und Vereinen geknüpft werden.

2. Hintergrund:

Politische Bildung und Bürgerschaftliches Engagement verbindet das Ziel, eine lebendige Demokratie und die Teilhabe daran zu fördern und nachhaltig zu bewahren. In der Praxis sind die beiden Bereiche aber wenig miteinander in Verbindung. In der politischen Bildung dominieren seit Jahrzehnten Ansätze, die auf kognitive Kompetenzen und die Vermittlung von Wissen und Analysefähigkeiten von Jugendlichen setzen. Reales politisches Engagement findet im Rahmen von Schulunterricht oder Jugendarbeit noch zu wenig statt. Auf der anderen Seite prägen soziale, kulturelle und technische Dienste das Bild des Bürgerschaftlichen Engagements und werden gesellschaftlich honoriert. Kritisches politisches Engagement wird stattdessen in Verbindung mit individuellen oder Parteiinteressen gesetzt.

Gleichzeitig verbindet beide Bereiche die Herausforderung, besonders die junge Generation an gesellschaftlichen Entwicklungen, demokratischen Verfahren und ehrenamtlichen Tätigkeiten zu beteiligen. Dies gilt umso stärker für Jugendliche aus sogenannten bildungsfernen Familien. Für die Vermittlung von demokratischen Handlungskompetenzen und politischer Selbstwirksamkeit müssen ebenso neue Wege beschritten werden wie für die Einbeziehung junger Generationen in zivilgesellschaftliche Strukturen. Für die Selbstorganisationsfähigkeit der Zivilgesellschaft kommt es darauf an, wieder mehr junge Mitglieder für Vereine zu gewinnen, die als Ehrenamtliche in Verantwortung hineinwachsen. Politische Teilhabe und demokratisches Handeln wird nur begrenzt durch Schulunterricht vermittelt. Es braucht Räume und Möglichkeiten, in denen junge Menschen demokratisches Verhalten und Beteiligung einüben. Davon profitiert Schulbildung, weil kognitive Lernprozesse und kompetenzorientierte Lernformen ineinandergreifen.

Unter dem Titel „Lernen durch Engagement“ sind in den letzten Jahren an vielen Schulen neue Lernformate entstanden, die junge Menschen an Formen des Bürgerschaftlichen Engagements heranführen und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung stärken sollen. Lernen durch Engagement wird dabei auch als Konzept verstanden, das demokratische Werte vermittelt und damit einen Beitrag zu einer aktiven Zivilgesellschaft leisten möchte. In einem Beschluss hat die Kultusministerkonferenz 2018 die Bedeutung von Lernen durch Engagement betont und das Konzept als Beitrag beschrieben, um Partizipation und Demokratie zu stärken. 2018 ist das Konzept Demokratiekompetenz im Rahmen von *Lernen durch Engagement* entwickelt worden. Die Autoren Maunz und Gloe formulieren darin elf Kompetenzbereiche und entwickeln dazu didaktisch-methodische Grundlagen, die die praktische Umsetzung in der Schule und in der außerschulischen Bildung ermöglichen sollen. Für das Projekt „Einmischen!“ sind vor allem vier Kompetenzbereiche, die sich gezielter auf politisches Engagement beziehen, relevant: Partizipationskompetenz, Anerkennung demokratischer Prinzipien und Werte, Konflikt- und Dialogfähigkeit sowie Selbstwirksamkeit. Unter Letzterer verstehen die Autoren die Kompetenz „sich zuzutrauen, Einfluss auf seine Umwelt zu nehmen, Herausforderungen zu bewältigen

und etwas bewirken zu können. (...) Lernformen, die praktisches Engagement einbinden, fördern zusätzlich zu kognitiven Lernprozessen die Stärkung der Persönlichkeit, das Verantwortungsgefühl und das Gefühl der Selbstwirksamkeit.“ (Gloe 2019)

Das Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit bildet eine Schnittstelle zu Konzepten und Debatten in der politischen Bildung. In vielen Konzepten wird auch hier die Stärkung der Selbstwirksamkeit als zunehmend wichtiges Ziel beschrieben. Als möglicher Schlüssel stehen dabei Erfahrungen mit realem politischem Handeln in der Diskussion. Aktuelle Debatten drehen sich um die Frage, wie politische Urteilskompetenz mit Handlungsorientierung stärker verbunden werden kann und ob dabei politische Aktionen im Rahmen von politischer Bildung als Möglichkeiten einsetzbar sind. Hintergrund der Diskussionen ist die Interpretation und die Frage nach einer zeitgemäßen Auslegung des sogenannten Beutelsbacher Konsens. Darin werden in drei Prinzipien das Selbstverständnis von politischer Bildung formuliert. Die drei seit Jahrzehnten anerkannten Prinzipien sind: das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und das Prinzip der Befähigung zur Partizipation. Didaktiker*innen und Lehrer*innen, die sich mit politischer Aktion als Methode in der politischen Bildung schwertun, argumentieren mit dem Überwältigungsverbot. Kritiker wenden dagegen ein, dass es Sache des didaktischen Rahmens ist, die Selbstbestimmung und das eigene Urteil auch bei der Planung von politischem Handeln sicherzustellen. Verschiedene Perspektiven gilt es sichtbar zu machen, unterschiedliche Standpunkte erhalten Raum. Anhänger dieser Sichtweise betonen, dass es durch mehr Handlungsorientierung möglich sei, das dritte Prinzip, das oft mit Schülerorientierung zurückgestutzt wird, angemessen zu berücksichtigen. Im Text von 1976 heißt es „Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen“. In den letzten Jahren gibt es neue Ansätze bei der Förderung von politischer Handlungsfähigkeit durch reales politisches Handeln oder auch politische Aktion (Hoffmann 2016). Im Zentrum steht die Ermöglichung von Realsituationen, die die Urteilskompetenz stärken können. Der Satz „Simulatives Lernen reicht nicht“ bringt die Position gut auf den Punkt (Stein 2016).

Die Diskussion ist noch lange nicht beendet. Die Kritik, politische Aktion oder reales Handeln verstoße gegen das Neutralitätsgebot, das sich auch aus Beutelsbach ableiten lasse, wird aber in letzter Zeit immer deutlicher zurückgewiesen: Politische Bildung verfolgt nicht Neutralität als Ziel, sondern Werteorientierung und aktive Bürger, die Interessen verfolgen und sich dabei an demokratischen Werten aus dem Grundgesetz orientieren: wie zum Beispiel Menschenwürde, Teilhabe, Solidarität.

Die kurze Darstellung aktueller Entwicklungen und Debatten soll deutlich machen, dass derzeit neue Wege gesucht und erprobt werden. Dabei geht es nicht darum, politische Bildung und Bürgerschaftliches Engagement gleichzusetzen. In der politischen Bildung gibt es kritische Blicke auf die Ansätze der Demokratiepädagogik, wie sie jetzt auch bei Lernen durch Engagement zu finden sind. Dabei geht es u.a. darum, dass im Rahmen von Demokratiepädagogik die Ebenen von Demokratie als Lebensform, Gesellschaftsform und Herrschaftsform unterschieden werden, in der Analyse und Behandlung im Unterricht aber oft gleichgesetzt und nicht genügend differenziert werden. Für die politische Bildung ist es wichtig, nicht nur affirmativ Werte zu vermitteln, sondern auch herrschaftskritische Analyse- und Urteilskompetenz zu fördern, um mündiges Handeln zu ermöglichen. (Pohl 2019)

Projekte, die praktisches politisches Engagement ermöglichen, haben aber zumindest das Potential, eine gute Ergänzung für klassische politische Bildung zu sein. Angebote von politischer Partizipation und politischer Aktion kombiniert mit Reflexions- und Bildungseinheiten sind eine Unterstützung für die Verinnerlichung von demokratischen Werten und die Stärkung von Selbstwirksamkeit. Ein Modellprojekt mit dem Titel „Politische Partizipation als Ziel von politischer Bildung“ (2015-2018) hat gezeigt, dass die Kooperation von Schule und außerschulischen Partnern viele Chancen birgt, um

subjektorientiert und aktionsorientiert mit Jugendlichen zu arbeiten und den pädagogischen Reflexionsraum frei von Leistungsbewertung sicherzustellen. (Wohnig 2018)

3. Konzeptionelle Grundlage: Qualitätsstandards

Im Zuge der Entwicklung von Konzepten zu „Lernen durch Engagement“ wurden von Seifert et.al. Qualitätsstandards für die Bildungsarbeit formuliert, die sich auch im Konzept von Demokratiekompetenz wiederfinden. Für das Projekt „Einmischen.“ bieten sich die Kriterien ebenfalls an. Wir ergänzen bzw. verbinden sie zudem mit Aspekten aus der politischen Bildung (vgl. Nonnenmacher 2010). Die für unser Projekt angedachten Qualitätsstandards sind:

1. Lebenswelt- und Teilnehmerorientierung: Inhalte und Themen von Bildungsprojekten mit Jugendlichen müssen einen direkten Lebensweltbezug für die Zielgruppe haben.
2. Didaktisch-pädagogischer Rahmen: Engagementerfahrungen müssen durch inhaltliche Module flankiert werden, um eine Wissensbasis zu vermitteln, Sachanalyse zu ermöglichen und einer reinen emotionalen Betrachtung vorzubeugen. Dabei soll auch die Anbindung an Unterrichtsinhalte deutlich werden. Es ist zu beachten, dass verschiedene kontroverse Perspektiven sichtbar sind.
3. Reflexion: Im Projekt ist sichergestellt, dass ausreichend Reflexionsräume zur Verfügung stehen, um die Erfahrungen mit realem Handeln aufzuarbeiten. Dazu zählen beispielsweise auch Ohnmachtserfahrungen im Rahmen des Engagementprojektes und die Reflexion von Gruppendynamischen Prozessen.
4. Partizipation: Das Konzept stellt sicher, dass die Jugendlichen ihre Interessen einbringen können und den Verlauf des Projektes steuern.
5. Anbindung an außerschulische Akteure und an das Umfeld der Schule: Über das Projekt ist sichergestellt, dass die Jugendlichen mit Akteuren außerhalb der Schule in Kontakt kommen. Auch das Engagementprojekt, das die Jugendlichen entwickeln, kann über den schulischen Rahmen hinausgehen bzw. im Umfeld der Schule stattfinden.
6. Anerkennung und Abschluss: Das Engagement der Jugendlichen und die Lernerfahrungen werden sichtbar gemacht und als wertvolle Erfahrungen durch die Schule und außerschulische Akteure wertgeschätzt.
7. Keine Leistungsbewertung und Freiwilligkeit: Die Teilnahme am Engagementprojekt und der eigene Beitrag im Projekt soll freiwillig von jede*r Schüler*in entschieden werden. Die Teilnahme führt nicht zu einer Leistungsbewertung.

4. Umsetzung im Projekt:

1. Lebenswelt- und Teilnehmerorientierung:
Im Projekt „Einmischen.“ werden am Beispiel von vier gesellschaftlichen Schlüsselproblemen Engagementprojekte entwickelt und gestaltet. Die Schlüsselprobleme sind aktuelle Herausforderungen, die insbesondere auch Jugendliche und ihre Lebenswelt berühren. Der Druck, politische Lösungen für die Probleme zu finden, ist hoch. Die Schlüsselprobleme sind daher Jugendlichen ein Begriff, weshalb sich auch Handlungsoptionen für Engagementprojekte ergeben sollten.

Schlüsselproblem: Diskriminierung

Ausgrenzung und Benachteiligung sind für viele Menschen ein Alltagsphänomen. Basierend auf Einstellungen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erleben Angehörige verschiedener Minderheiten immer wieder diskriminierendes Verhalten in unterschiedlichen Lebensbereichen, z.B. Schule, Arbeitsmarkt, Wohnungssuche. Diskriminierung zeigt sich dabei auf zwischenmenschlicher Ebene aber auch in institutioneller und struktureller Form.

Jugendliche sind als Betroffene und als Akteure mit dem Thema eng verbunden. Die Auseinandersetzung mit dem Wunsch, selbstbestimmt und gleichberechtigt in der Gesellschaft zu leben, sensibilisiert für systematische Ausgrenzung auch von anderen.

Schlüsselproblem: Klimawandel

Die Veränderung von Lebensräumen, die Bedrohung von Ökosystemen und ihre Folgen inklusive Konflikte um Ressourcen sowie der schleppende Prozess politischer Lösungsansätze führen bereits dazu, dass sich viele junge Menschen politisch engagieren. Klimapolitik ist in den vergangenen Jahren zu einer der zentralen Fragen geworden. Das Thema reicht von globalen Reformen bis zu Fragen des eigenen Lebensstils. Kontrovers wird über Maßnahmen, Verantwortlichkeiten, Kostenverteilung und Wirkungen gestritten. Ansatzpunkte für ein Engagement finden sich auf nationaler, regionaler, lokaler und individueller Ebene.

Schlüsselproblem: Extremismus und Demokratiefährdung

Hasssprache im Internet, Anwerbeversuche von rechten Gruppen auf Schulhöfen oder Gewaltanwendungen im Namen von oder gegen religiöse Gruppen – es gibt verschiedene Phänomene von Radikalisierung. Extremismus betrifft besonders junge Menschen, weil sie stärker als andere Gruppen von Radikalen angesprochen und angeworben werden. Präventionsarbeit ist nicht nur eine staatliche Aufgabe in Form von Gesetzen, Gerichtsverfahren oder Polizeieinsätzen. Auch die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement sind gefragt, wenn Extremismus egal welcher Couleur frühzeitig und ganzheitlich eingedämmt werden soll. Ziel von Präventionsarbeit ist es, Radikalisierungsprozesse gar nicht erst entstehen zu lassen bzw. sie in einem möglichst frühen Stadium zu unterbrechen. Bildungsarbeit kann einen Beitrag leisten, die Bedrohung von Extremismus und Ansätze von Radikalisierung zu erkennen und Prozessketten zu stoppen. Auch Jugendliche können durch Engagementprojekte Rechts-, Links- oder religiös motivierten Extremismus eindämmen, damit Präventionsarbeit an ihren Schulen stärker verankern und Werte wie Offenheit und Menschenwürde betonen.

Schlüsselproblem: Armut und soziale Gerechtigkeit

Im Jahr 2017 galt rund jede sechste Person in Deutschland als armutsgefährdet: 16 Prozent der Bevölkerung bezogen ein Einkommen, das weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens entsprach. Ohne die umverteilende Wirkung von Sozialleistungen wäre sogar knapp jede vierte Person in Deutschland armutsgefährdet. Überdurchschnittlich häufig haben u.a. Alleinerziehende ein erhöhtes Armutsrisiko – jeweils etwa ein Drittel dieser Personen galten 2017 als armutsgefährdet. Personen mit Migrationshintergrund haben ein doppelt so hohes Armutsrisiko wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Nicht alle Menschen in Deutschland sind gleichmäßig von Armut betroffen, bestimmte Gruppen trifft es mehr als andere. Die Zahlen werfen Fragen nach Gerechtigkeit und Teilhabe auf. Junge Menschen sind ebenso betroffen von sozialer Ungleichheit und ihre Stimmen und ihr Engagement sind gefragt bei Lösungsansätzen für soziale Probleme.

2. Didaktisch-pädagogischer Rahmen:

Die Projektpartner verfügen über reichhaltige und vielfältige Erfahrungen bei der Entwicklung von didaktischen Konzepten. Gemeinsam möchten die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, der Lehrstuhl für Politikdidaktik der Universität Eichstätt, die verschiedenen Bayerischen Lehrer*innenverbände, AGABY und das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. (LBE) einen Ablaufplan für die angestrebten Engagementprojekte an Schulen entwickeln.

I. Phase 1: Auftaktworkshop

Am Anfang der Projekte, nachdem die Schule und der Partner aus dem Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements ausgewählt wurden, steht ein zweitägiger Workshop, der vier Programmelemente umfasst:

- a. Eine Einführung zum Thema bürgerschaftliches und politisches Engagement und seine Bedeutung für eine demokratische Gesellschaftsform am Beispiel von verschiedenen Formen von Engagement und mit der Differenzierung von legitimen und illegitimen, radikalisierten Formen von politischer Beteiligung.
 - b. Eine inhaltliche Hinführung der Jugendlichen zu einem der Schlüsselprobleme, um eine gemeinsame Wissensbasis bei den Jugendlichen zu schaffen, die Grundlage für eigene Urteile und Positionen ist;
 - c. Ein simulatives Element (Planspiel), um in das Thema politisches Engagement praktisch einzusteigen, den Wert von Engagement für die Demokratie zu reflektieren und die eigenen Kompetenzen für einen Engagementprozess besser einschätzen zu können;
 - d. Eine konkrete Projektplanung mit ausreichend Zeit und Raum, so dass die Jugendlichen ihr eigenes Engagementprojekt diskutieren und planen können; dabei werden sie intensiv von ein oder zwei erfahrenen Ehrenamtlichen (Pat*innen) begleitet, die zu diesem Schlüsselproblem in der Kommune bereits aktiv sind; Ziel ist ein möglichst realistischer Plan für ein Projekt an der Schule oder im näheren Umfeld;
- Der Workshop wird von zwei Teamer*innen geleitet. Teil des Projektes soll es auch sein, einen Teamer*innenpool aufzubauen und auszubilden. Ziel ist ein peer-to-peer-Ansatz, das heißt die Teamer*innen sollen auch im Jugendalter sein. Geplant ist die Ausbildung von je 2 bis 3 Teamer*innen pro Bezirk in Bayern, die im Alter zwischen 18 und 28 Jahre alt sind.

II. 2. Phase: Projektumsetzung

Nach der Planung des Projektes beginnt das 4 bis 8-wöchige Engagementprojekt der Schüler*innen. Die Beteiligung ist freiwillig, die Gruppe erhält jede Woche während des Unterrichts oder während des Nachmittagsprogramms Zeit, um das Projekt weiterzuentwickeln. Dabei stehen sie auch in Kontakt mit ihren Pat*innen, die sie per Mail, Telefon oder bei weiteren Treffen, z.B. auch außerhalb der Schule, in der Projektumsetzung beraten.

III. 3. Phase: Abschluss und Reflexion

Nach Abschluss des Projektes, z.B. einer Aktion, einer Veranstaltung oder einer Ausstellung, wird das Projekt und der Gruppenprozess in einem weiteren Workshoptag ausgewertet. Die Reflexion wird wiederum von den Teamer*innen geleitet. Das methodische Konzept wird von den Projektpartnern vorab entwickelt. Teil der Reflexion soll es auch werden, wie die Schüler*innen bzw. die Schule mit den Ehrenamtlichen (Pat*innen) über das Projekt hinaus in Kontakt bleiben und kooperieren können. Die Pat*innen nehmen auch an der Reflexion teil.

3. Reflexion

Die Beschreibung der pädagogischen Begleitung (2.) hat deutlich gemacht, dass im Projekt die Reflexion der Engagementerfahrung in der Gruppe einen zentralen Stellenwert hat. Das beginnt mit der Analyse von wesentlichen Zusammenhängen und Kontroversen, die in Zusammenhang mit dem gewählten Schlüsselproblem stehen. Die Methode des Planspiels bietet die Möglichkeit, die Erfahrungen aus der Simulation eines Engagementprojekts tiefergehend auszuwerten und wichtige Erkenntnisse über Gruppenarbeit, Bürgerschaftliches Engagement und die eigenen Kompetenzen zu benennen. Während der Praxisphase werden die Schüler*innen sich immer wieder vergewissern, wie die Umsetzung des Projektvorhabens gelingt, was gut läuft und welche Probleme auftreten. Der Abschlussworkshop soll schließlich viel Zeit und Raum eröffnen, um die Erfahrungen auszuwerten und über die eigene politische Haltung und die Handlungsbereitschaft zu reflektieren.

4. Partizipation

Teilhabe und Selbstbestimmung sind zentrale pädagogische Prinzipien in der außerschulischen Jugendarbeit. Dementsprechend ist geplant, dass die Schüler*innen ganz zu Beginn des Projektes daran beteiligt werden, zu welchem Schlüsselproblem sie ein Engagementprojekt entwickeln möchten. Über die Ausschreibung, die Materialien zum Projekt und in den ersten Mails oder Gesprächen erhalten interessierte Lehrer*innen die Information, dass die Schüler*innen an der Themenauswahl zu beteiligen sind.

Ganz bewusst setzen die Projektpartner bei den geplanten Workshops auf einen außerschulischen Ansatz mit Methoden, die stark auf Beteiligung und Interaktion setzen. Das selbstbestimmte Arbeiten fördert bei den jugendlichen Teilnehmenden Kompetenzen wie Kommunikations-, Planungs-, Analyse-, Team- und Konfliktfähigkeit, die auch Teil der Kompetenzorientierung des schulischen Curriculums sind. Die Projektpartner haben viel Erfahrung darin, dass aktivierende Methoden die Motivation und die Partizipation stärken. Der peer-to-peer-Ansatz bietet die Möglichkeit, die Beziehung der Teilnehmenden und der Teamer*innen stärker auf eine Augenhöhe zu bringen. Die Teamer*innen übernehmen die Rolle von *facilitators* – sie moderieren, regen zur Reflexion durch gezieltes Fragen an und gestalten den Lernraum so, dass die Jugendlichen viel interagieren und beteiligt sind.

Die Jugendlichen schlagen ihre Ideen für ein Engagementprojekt im Rahmen der vier Schlüsselprobleme selbst vor und entscheiden als Gruppe, welches Vorhaben geplant und umgesetzt werden soll. Die Teamer*innen moderieren diesen Prozess und die Pat*innen beraten dabei, um Ziele und Wirkungen im Auge zu behalten und realistische Pläne zu entwickeln. Die Projektumsetzung soll möglichst in Eigenregie der Gruppe erfolgen. Die Lehrkraft begleitet den Prozess und stellt ggf. Zeiträume zur Verfügung. Wichtig ist dabei, dass die begleitenden Lehrer*innen und Pat*innen eine Haltung entwickeln, die auch den Prozess als wichtiges Ergebnis sehen und nicht nur auf ein erfolgreiches Endprodukt setzen.

5. Anbindung an außerschulische Akteure und an das Umfeld der Schule:

Der Modellcharakter des Projektes besteht in der Kombination der außerschulischen Workshopelemente und der Einbeziehung von externen Akteuren, den Ehrenamtlichen. Bei jedem Projekt sollen ein oder zwei Ehrenamtliche als Paten*innen beteiligt sein. Kriterium für die Auswahl der Ehrenamtlichen ist, dass sie sich in einem Verein oder Projekt engagieren, das mit dem Schlüsselproblem, das die Schüler*innen ausgewählt und behandelt haben, verbunden ist. Für den Bereich Klimawandel können es Menschen sein, die sich vor Ort zum Beispiel für klimafreundliche Mobilität oder nachhaltige Abfallreduzierung einsetzen. Für den Bereich Anti-Diskriminierung sind es Mitglieder aus Integrationsbeiräten, die Fälle von Diskriminierung in der Stadt dokumentieren, Betroffene begleiten und sich politisch gegen strukturelle Diskriminierung einsetzen. Im Feld Extremismusbekämpfung kommen Aktive aus lokalen Bündnissen gegen rechts in Frage, die Veranstaltungen oder eine Kampagne durchgeführt haben. Ehrenamtliche z.B. von Vereinen, die sich für Verbesserungen für Alleinerziehende vor Ort einsetzen, sind mögliche Pat*innen für das Schlüsselproblem Armut. Die Pat*innen teilen mit den Jugendlichen ihre Erfahrungen, wecken dadurch Interesse für ein eigenes Projekt und beraten die Schüler*innen bei der Planung und Umsetzung des eigenen Vorhabens. In den jeweiligen Projekten gilt es flexibel auf die Zeitressourcen der Ehrenamtlichen zu reagieren. Eine Begleitung kann durch Treffen und Besuche z.B. in den Räumen des Vereins oder bei einer Sitzung eines Integrationsbeirates geleistet werden, es ist aber auch möglich, dass Pat*innen und Jugendliche über Telefon und Mail in Kontakt bleiben. Die Rolle der Pat*innen soll auch Frustrationen bei den Jugendlichen vorbeugen. Die Pat*innen berichten von ihren Erfahrungen, wozu auch Rückschläge oder unerfüllte Erwartungen gehören können. Sie motivieren die Jugendlichen mutige, sichtbare und wirksame

Projektideen anzugehen, aber sie behalten auch die Realisierbarkeit und Zielrichtung im Auge und erinnern bei Bedarf daran.

6. Anerkennung und Abschluss:

Den Projektpartnern ist wichtig, dass die Projekte einen sichtbaren und anerkennenden Abschluss finden. Wertschätzung ist ein wichtiges Element, um Schüler*innen zu signalisieren, dass ihr Engagement gesehen und honoriert wird. Geplant ist, dass alle Teilnehmenden eine Teilnahmebescheinigung erhalten. Wenn möglich sollen die Engagementprojekte auch in Form von Veranstaltungen an der Schule oder im Stadtteil präsentiert und gewürdigt werden. Dabei ist geplant, dass neben Mitschüler*innen, Eltern, Interessierten, Lehrer*innen und Schulleitung auch immer ein*e Vertreter*in der Projektpartner anwesend ist, die das Projekt in Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt stellen. Jedes Projekt soll auch auf der Internetseite des Projektes dokumentiert werden. Die angedachte Vorlage soll von beteiligten Jugendlichen gestaltet werden. Geplant ist auch eine jährliche Tagung zu veranstalten, an der Projekte vorgestellt werden und Jugendliche von verschiedenen Projekten teilnehmen. Die Schüler*innen und auch die Pat*innen sollen hier ins Gespräch u.a. mit der Schirmherrin kommen, um ihre Eindrücke und Erkenntnisse zu teilen und über politisches Engagement zu diskutieren. Die Tagung verfolgt zudem das Ziel, einen Transfer von didaktischen und pädagogischen Projekterfahrungen und -ergebnissen für den Einsatz im schulischen Alltag zu verfolgen. Die Anwendbarkeit und Verwendbarkeit von Projektinhalten liegt sehr im Interesse der beteiligten Lehrer*innenverbände, die sich daher intensiv in die Planung und Gestaltung der Tagungen einbringen werden.

7. Keine Leistungsbewertung und Freiwilligkeit

Der Charakter der Projekte soll wie beschrieben außerschulisch sein. Die Jugendlichen sollen frei von Leistungsbewertung Erfahrungen mit einem politischen Engagementprojekt sammeln können. Der Arbeitsstil mit den Teamer*innen und Pat*innen setzt auf ein vertrauensvolles und persönliches Verhältnis. Das wäre durch eine Bewertung und Benotung des Engagements beeinträchtigt. Die Jugendlichen werden nicht verpflichtet, sich an dem Engagementprojekt zu beteiligen. Die Teilnahme an den Workshops kann je nach Absprache mit der Schule verbindlich für eine ganze Klasse oder einen Kurs sein. Für die anschließende Praxisphase gilt aber, dass die Option Nicht-Beteiligung jedem Teilnehmenden offensteht. Die Teamer*innen und Pat*innen versuchen, jeden Jugendlichen individuell zu einer Teilnahme zu motivieren, und im Gruppenprozess für die Berücksichtigung von unterschiedlichen Interessen und Meinungen zu werben.

5. Weitere Projektelemente:

Vernetzung

Die Projektidee zu „Einmischen!“ ist bereits in Kooperation der Projektpartner entwickelt worden. Ziel ist es, die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit auch im Projektverlauf bis Ende 2023 fortzusetzen. Die Partner bringen dabei ihre Erfahrungen und Interessen mit ein. Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement agiert seit 2015 als Koordinierungsstelle für Lernen durch Engagement (LdE) in Bayern. Neben Tagungen und Vernetzungsarbeit bildet das LBE die ehren- oder hauptamtlichen LdE-Begleiter in Einrichtungen des Bürgerschaftlichen Engagement aus. Für das LBE ist Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Kernaufgabe, die Teil jeder Projektarbeit ist. Im Rahmen von Netzwerkarbeit kommt der Kommunikation zwischen den beteiligten Einrichtungen zentrale Bedeutung zu. Um alle Partner an den Arbeitsschritten und der Weiterentwicklung zu beteiligen, wird eine Steuerungsgruppe eingerichtet, die regelmäßig über digitale Instrumente in Kontakt tritt.

Zudem sind jährlich ein bis zwei Präsenztreffen vorgesehen. Alle Projektpartner sind bei den Treffen vertreten. Bei der jährlich geplanten Fachtagung ist auch die Schirmfrau, die Ehrenamtsbeauftragte, anwesend. Darüber hinaus wird es mindestens drei weitere Akteursgruppen geben, die auch untereinander und in die Gesamtvernetzung einbezogen werden sollen: das betrifft die Gruppe der Teamer*innen, ca. 15 bis 20 Personen, die Gruppe der Ehrenamtlichen, die als Pat*innen an den Projekten teilnehmen (ca. 50 Personen) und die Schulen bzw. Lehrer*innen (ca. 60 Standorte).

Die Betreuung der Teamer*innen durch das LBE und die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit wird darunter die zeitintensivste Aufgabe sein. Im ersten Halbjahr des Projektes sollen die Teamer*innen mit dem Konzept des Projektes, mit Grundlagen von non-formaler Bildung inklusive der Teamer*innenrolle und mit den Materialien geschult werden. In den folgenden zwei Schuljahren wird es regelmäßige Austausch- und Auswertungstreffen geben, um die Erfahrungen zusammenzutragen, Konzepte und Methoden weiterzuentwickeln und bei Bedarf individuelle Unterstützung zu leisten. Die jungen Teamer*innen gehören neben den Jugendlichen (Teilnehmenden) zur eigentlichen Zielgruppe im Projekt. Sie qualifizieren sich nicht nur für außerschulische politische Bildung, sondern sie stärken durch die Moderations- und Begleitungsarbeit ihre eigenen Haltungen in Bezug auf politisches Engagement und Demokratieeinstellung.

Die Pat*innen aus den unterschiedlichen Engagementbereichen brauchen für ihre Rolle ebenfalls Begleitung und Unterstützung. Aus Erfahrungen im Bereich Lernen durch Engagement ist es den Projektpartnern, vor allem dem LBE und der lagfa, bewusst, dass die Ehrenamtlichen Hilfestellungen benötigen, um in ihre Rolle zu finden und die Erfahrungen bei der Begleitung der Schülerprojekte selber zu reflektieren. Die ehrenamtlichen Tätigkeiten sind politisch, das heißt sie sind Gegenstand von kontroversen Diskussionen und teilweise sensiblen Themen. Die Begleitung der Ehrenamtlichen wird zwischen den Projektpartnern aufgeteilt. AGABY hat den Zugang zu den ehrenamtlichen Mitgliedern in den Integrationsbeiräten in ganz Bayern. Eine wesentliche Aufgabe der Landesarbeitsgemeinschaft lagfa bayern e. V. ist die Ausbildung und Qualifizierung der Integrationsbeiräte für ihre Aufgabe. Die Rolle im Projekt „Einmischen!“ passt als inhaltliche Ergänzung sehr gut dazu.

Im Schlüsselproblem Armut und soziale Gerechtigkeit sind die Freiwilligenagenturen in Bayern gute Kontaktstellen, um passende Ehrenamtliche zu finden. Die Landesarbeitsgemeinschaft lagfa soll die Koordinierung in diesem Bereich übernehmen und für die Auswahl, Vorbereitung und Begleitung der Ehrenamtlichen zuständig sein. Im Bereich Klimaschutz verfügt das LBE über viele Zugänge zu zivilgesellschaftlichen Akteuren. Beim LBE ist das Bayerische Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung und Renn.süd, die regionale Netzstelle für Nachhaltigkeitsstrategien angesiedelt. Vier Kolleginnen arbeiten vor allem an der Vernetzung und der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement im Bereich Nachhaltigkeit in Bayern. Für den Bereich Extremismusprävention wird v.a. die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ihre Kontakte zu Projektstellen und den lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus in die Projektarbeit einbringen. Die BLZ und das LBE sind zudem Mitglied im Bayerischen Bündnis für Toleranz, das viele Anknüpfungspunkte für Kontakte zu Ehrenamtlichen bietet.

Die Schulen bzw. Lehrer*innen, die ein Engagementprojekt durchführen werden, werden vor den Projekten eine ausführliche Information über den Ablauf erhalten. Die beteiligten Lehrer*innenverbände und die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit werden das Modellprojekt im Schulbereich bewerben und bekannt machen. Die Projekte vor Ort sind darauf angewiesen, dass die Lehrer*innen Zeit und Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und die Vorbereitung mit den Schüler*innen übernehmen. Während des Projektes kommt den Lehrer*innen eine begleitende Rolle zu, die Jugendlichen sollen die Umsetzung selber in die Hand nehmen. Es ist wünschenswert, wenn die Schulen über das Projekt hinaus mit den

ehrenamtlichen Pat*innen und ihren Einrichtungen in Kontakt bleiben und sich längerfristige Kooperationen ergeben. Die beteiligten Lehrer*innen werden zu den jährlichen Fachtagungen eingeladen, um Erfahrungen auszutauschen und das Thema „Politisches Engagement“ zu vertiefen.

Öffentlichkeitsarbeit:

Die Angebote im Modellprojekt und die Ergebnisse bzw. Wirkungen der Schülerprojekte sollen öffentlich zugänglich sein. Geplant ist der Aufbau einer Internetseite für das Projekt. Diese soll über das Konzept, den Ablauf und die Organisation umfassend informieren. Nach Abschluss jedes Projektes soll es auf der Internetseite dokumentiert werden. Dazu wird eine Vorlage erarbeitet, die dann von Jugendlichen, den Pat*innen und der Lehrperson gestaltet wird. Denkbar sind Texte, Fotos, Karikaturen oder auch kleine Filmbeiträge, die die Erfahrungen der Jugendlichen exemplarisch veranschaulichen. Die Teamer*innen haben die Aufgabe, diesen Prozess zu koordinieren. Die Projektleitung wird die Internetseite steuern. Ebenso sollen die geplanten Fachtagungen auf der Internetseite beworben und dokumentiert werden.

Zur Bewerbung des Projektes ist auch ein Flyer geplant. Um die Schüler*innen stärker anzusprechen werden die Projektpartner zudem überlegen, ob und wie ein Format in den sozialen Medien gefunden werden kann, um Raum für den Austausch und die Darstellung der Projekte zu geben.

Die wissenschaftliche Begleitung und die Fachtage sollen auch zu Fachbeiträgen führen. Hier bieten neben den konzeptionellen Überlegungen und den Wirkungen bei den Schüler*innen auch die Lernprozesse der Teamer*innen und die Erfahrungen der ehrenamtlichen Pat*innen interessante Fragestellungen.

Wissenschaftliche Begleitung

Fester Bestandteil des Modellprojektes ist eine wissenschaftliche Begleitung durch den Lehrstuhl für Politikdidaktik der Universität Eichstätt. Angedacht sind mehrere Bausteine. Die didaktischen Materialien für die geplanten Workshopelemente in den Projekten sollen im Rahmen von Seminaren an der Universität in Eichstätt getestet und weiterentwickelt werden. Geplant ist zudem, Studierende der Politikdidaktik für die Teamer*innenrolle zu werben und auszubilden. Auch das Trainingsmodul für die Teamer*innen soll in enger Abstimmung mit dem Lehrstuhl von Professor Behrens konzipiert werden. Im Rahmen von Abschlussarbeiten (Bachelor- und Zulassungsarbeit) sollen Studierende das Konzept und die Praxis der Workshopelemente und Engagementprojekte evaluieren. Die Projektpartner planen eine jährliche Tagung, um Fragen der Kombination von Politikdidaktik und Engagementförderung zu diskutieren. Das Modellprojekt versteht sich wie im ersten Abschnitt beschrieben als Praxisprobe für neue Ansätze im Bereich Förderung von politischer Handlungsfähigkeit durch politische Aktionen im Rahmen von Lernprojekten. Die Fachtagungen sollen auch zur stärkeren Vernetzung zwischen den Partnern und mit Akteuren aus den Fachbereichen dienen. Das Gesamtprojekt wie auch die einzelnen Fachtage sollen dokumentiert werden.

6. Zusammenfassung

Projekthalte:

<i>Schlüsselproblem</i>	<i>Ehrenamtliche Partner</i>	<i>Beispiele für Projektarbeit und Aktionen</i>
Diskriminierung	Mitglieder aus Integrationsbeiräten; Hate-speech-Beauftragter	<ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung von Erfahrungen im Engagement für mehr Sichtbarkeit von Diskriminierung und Anti-Diskriminierungsarbeit • Besuch beim Integrationsbeirat • Entwicklung von einem Projekt in der Schule oder im Schulumfeld: z.B. Veranstaltungen, Begegnungen mit Betroffenen, o.Ä. • Längerfristige Bindung über Patenschaft
Klimawandel & Nachhaltigkeit	Lokale Vereine und Initiativen, wie BLUEPINGU, Wandel e.V., Blumenthal, o.a.	<ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung von Erfahrungen mit lokalem Engagement und Instrumenten von BNE • Besuch einer NGO im Feld Klima/Nachhaltigkeit • Entwicklung einer konkreten Aktivität: Energiesparaktion; Spendenaktion Solaranlage; Plastikfreie Schule, Mobilität; Garten anlegen;
Extremismus und Demokratiegefährdung	Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus; Vereine wie ufuq; u.a. ehrenamtlich Engagierte gegen Extremismus	<ul style="list-style-type: none"> • Formen und Strategien von Radikalisierungsprozessen erkennen; • Vermittlung von Erfahrungen mit lokalem Engagement gegen Extremismus; • Besuch bei einer Bündnissitzung/-aktion • Entwicklung von einem Projekt in der Schule oder im Schulumfeld: z.B. Aktion zu Hate-speech • Verankerung von Präventionsarbeit an der Schule
Armut & Soziale Gerechtigkeit	Freiwilligenagenturen, Tafel, Bahnhofsmision, Vereine, o.a.	<ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung von Engagementerfahrungen • Besuch bei einer Einrichtung (z.B. Tafel) • Aktivität an der Schule zu Armutsbekämpfung, soziale Gerechtigkeit, z.B. Solidaritätsaktionen, Ausstellung/Interviews

Ziele:

Organisatorisch:

- ✓ Vernetzung der Projektpartner und Mitwirkung aller Einrichtungen, um die speziellen Zugänge und Kompetenzen ins Projekt einzubinden;
- ✓ Etablierung einer Steuerungsgruppe, mit jährlich mindestens drei digitalen bzw. analogen Treffen;
- ✓ Aufbau und Ausbildung eines Teamer*innenpools, der heterogen zusammengesetzt ist und ausgewogen nach Geschlecht, sozialer Herkunft und Bezirken ist; Entwicklung eines Ausbildungskonzeptes mit Grundlagen und Methoden der non-formalen Bildung, des bürgerschaftlichen Engagements und Projektentwicklung;
- ✓ Entwicklung eines Projektnetzwerkes mit Lehrer*innen aller weiterführenden Schulformen, Praktiker*innen der Jugendarbeit, Akteuren aus verschiedenen Bereichen des Bürgerschaftlichen Engagements und aus der politischen Bildung;

Inhaltlich:

- ✓ Erarbeitung von didaktischen Konzepten, die Jugendlichen Grundlagen und Kompetenzen vermitteln, um Zusammenhänge zu erkennen, eigene Urteile zu formulieren und die Handlungsbereitschaft zu stärken;
- ✓ Umsetzung von jeweils ca. 30 Projekten in den Schuljahren 2021/22 und 2022/23 verteilt auf alle 7 bayerischen Bezirke;
- ✓ Stärkung der politischen Selbstwirksamkeit der Teilnehmenden durch die aktive Teilnahme an den politischen Engagementprojekten, evaluiert durch die wissenschaftliche Begleitung;
- ✓ Planung und Gestaltung von Fachtagen jeweils im Herbst in allen drei Projektjahren zur Diskussion der Projekterfahrungen, der konzeptionellen Ansätze und zur Vertiefung der Bildungs- und Präventionsarbeit in den gewählten Schlüsselproblemen;
- ✓ Dokumentation der Projektergebnisse, der Fachveranstaltungen und der entwickelten und verwendeten Materialien;

Zielgruppen:

- ✓ Schüler*innen der Klassen 8-10 an allen Schularten;
- ✓ Klassen- und Fachlehrer*innen; AK-Leiter*innen; SMV-Lehrer*innen;
- ✓ junge Erwachsene als Teamer*innen, ausgebildet mit Methoden der non-formalen politischen Bildung
- ✓ Ehren- und Hauptamtliche in Einrichtungen des Bürgerschaftlichen Engagements (Integrationsbeiräte, Lokale Bündnisse, Vereine, Verbände, Initiativen, Freiwilligenagenturen)

Finanzierung:

- ✓ Die Finanzierung des Projektes wird über Fördergelder der Stiftung Wertebündnis Bayern, dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und durch Eigenmittel einiger Projektpartner gewährleistet.
- ✓ Eigenmittel werden durch die Landeszentrale für politische Bildung, den Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband und den Bayerische Realschullehrerverband eingebracht.
- ✓ Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. verfügt über keine Eigenmittel. Das LBE wird als Service- und Fachstelle durch das STMAS gefördert und verfolgt den Auftrag der Engagementförderung in Bayern durch Vernetzungs- und Projektarbeit.
- ✓ Die Einzelheiten sind im beigefügten Finanzierungsplan aufgeführt.

Ablauf/Meilensteine:

Hinweis: Der Zeitplan beruht auf der Annahme, dass es möglich sein wird, Projekte mit Schulen zu planen und Workshops mit Schülergruppen mit ca. 20 bis 25 Personen umzusetzen. Sollte es aufgrund der Covid-19-Pandemie erneut zu stärkeren Einschränkungen oder längeren Schulschließungen kommen, ist geplant, alternative digitale Formate zu entwickeln.

12.2020	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Projektbeginn ✓ Start der Planungsphase ✓ Beginn der detaillierten Konzeptentwicklung ✓ 15.12., 15-16.30h, Erstes Treffen (vermutlich digital) der Projektpartner
I. Quartal 2021	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Ausschreibung des Teamer*innenpools in allen bayerischen Bezirken; Klärung Rollenprofil und Auswahlkriterien ✓ Konzeptentwicklung für die Workshop- und Projektephase; Erarbeitung der Methodik, Vorbereitung von Materialien; ✓ Bewerbung und Ansprache von Ehrenamtlichen über LBE, AGABY und lagfa; Informationsveranstaltung für Interessierte;

	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Treffen Steuerungsgruppe: Planung Projektablauf, Auswahl eines gemeinsamen Logos, Meilensteine und Festlegung von Arbeitspaketen ✓ Konzipierung und Aufbau der Projekt-Internetseite
II. 2021	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Flyerentwicklung und Bewerbung bei Schulen aller Schulformen ✓ Infoveranstaltungen in verschiedenen Bezirken im Rahmen von BLLV-, BPV-, BRLV- und BLZ-Veranstaltungen ✓ Start der mehrmoduligen Teamerausbildung ✓ Testverlauf der Seminarworkshops am Ende des Schuljahres
III. 2021	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Abschluss der 1. Teamerausbildung ✓ Matching von Schulen, Schlüsselproblem und ehrenamtlichen Pat*innen; Terminplanung ✓ Aufbereitung der Materialien für den Seminareinsatz ✓ Treffen der Steuerungsgruppe: Begleitung der ersten Schulprojekte
IV. 2021	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Start der Schulprojekte ✓ 1. Fachtag Politisches Engagement als Bildungsziel mit Projektpartnern, Projektbeteiligten und Fachkräften aus der schulischen und außerschulischen (politischen) Bildung ✓ Seminar für Studierende der Uni Eichstätt zur Reflexion der Projektmethoden im Wintersemester 2021/22
I. 2022	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Treffen Steuerungsgruppe: Zwischenauswertung des bisherigen Projektverlaufs und der erwarteten Projektziele ✓ Fortsetzung der Schulprojekte in allen Bezirken, an allen Schulformen und zu allen vier Schlüsselproblemen ✓ Überarbeitung der Internetseite und der Öffentlichkeitsarbeit ✓ Zwischenbericht an die Fördergeber
II. 2022	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Auswertungstreffen mit den Teamer*innen – Zwischenevaluation und Überarbeitung des Konzeptes und der Methoden ✓ Ausschreibung 2. Runde des Teamer*innenpools und Start der Teamerausbildung ✓ Zwischenauswertung mit den Pat*innen im Projekt, Überprüfung der inhaltlichen Begleitung der Ehrenamtlichen und ihrer Rolle. ✓ Fortsetzung der Bewerbung bei Schulen auf Veranstaltungen der Projektpartner ✓ Kontaktaufnahme und Auswahl von neuen Ehrenamtlichen
III. 2022	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Austauschgespräche mit beteiligten Lehrer*innen: Erfahrungen mit der Projektdurchführung an den Schulen ✓ Abschluss 1. Projektschuljahr ✓ Abschluss 2. Runde Teamerausbildung ✓ Treffen Steuerungsgruppe ✓ Start 2. Projektschuljahr: Matching von Schulen, Schlüsselproblem und ehrenamtlichen Paten*innen; Terminplanung
IV. 2022	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Start der Schulprojekte im zweiten Projektschuljahr ✓ 2. Fachtag Politisches Engagement als Bildungsziel mit Projektpartnern, Teilnehmenden, Fachkräften der schulischen und außerschulischen Bildung ✓ Austauschtreffen der Teamer*innen, ggf. bedarfsorientierte Fortbildungsangebote zur methodischen und pädagogischen Arbeit

	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Seminar für Studierende der Uni Eichstätt zur Reflexion der Wirkungen und Lernerfahrungen der Schüler*innen in den Engagementprojekten im Wintersemester 2021/22
I. 2023	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Treffen Steuerungsgruppe: Zwischenauswertung des bisherigen Projektverlaufs, Festschreibung der Projektziele für das Abschlussjahr ✓ Fortsetzung der Schulprojekte in allen Bezirken, an allen Schulformen und zu allen vier Schlüsselproblemen ✓ Fortsetzung Projektbewerbung über Interseite und Veranstaltungen der Partner ✓ Austauschtreffen mit den Pat*innen im Projekt, Überprüfung der inhaltlichen Begleitung der Ehrenamtlichen und ihrer Rolle. ✓ Zwischenbericht an die Fördergeber
II. 2023	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Auswertungstreffen mit den Teamer*innen – Planung der vorläufig letzten Schulprojekte ✓ Fortsetzung der Bewerbung bei Schulen auf Veranstaltungen der Projektpartner ✓ Filmdokumentation über die Engagementprojekte
III. 2023	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Abschluss des 2. Projektschuljahres ✓ Fertigstellung der Projektdokumentation und Evaluation mit allen Projektpartnern und allen beteiligten Akteuren (Jugendliche, Teamer*innen, Pat*innen, Schulen) ✓ Planung von Anschlussaktivitäten bzw. Fortsetzung der Engagementprojekte
IV. 2023	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Abschlusstreffen der Steuerungsgruppe - Projektergebnisse ✓ 3. Fachtag Politisches Engagement als Bildungsziel: Auswertung des Modellprojektes ✓ Würdigung der Projektergebnisse und des Engagements der Beteiligten ✓ Abschlussbericht und Verwendungsnachweis ✓ Dokumentation

Literatur:

Gloe, Markus (2019): Selbstwirksamkeitserfahrungen und Reflexion als Notwendigkeit zur Ausbildung von Demokratiekompetenz;

https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2019/newsletter-19-gloe.pdf
(zuletzt abgerufen: 03.08.20)

Hoffmann, Astrid (2016): Plädoyer für politisch nicht-neutrale Lehrende und die Förderung realen politischen Handelns; in: Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter Zorn (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Bonn; S. 197-206

Mauz, Anna/Gloe, Markus (2018): Demokratiekompetenz bei Service-Learning. Modellentwicklung und Anregungen für die Praxis;

https://www.servicelearning.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Stiftung/Eigene_Publikationen/Stiftung_Lernen_durch_Engagement_2019_Mauz_Gloe_Demokratiekompetenz.pdf (zuletzt abgerufen: 03.08.20)

Nonnenmacher, Frank (2010): Analyse, Kritik und Engagement – Möglichkeit und Grenzen schulischen Politikunterrichts, in: Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach/Ts., S. 459-470.

Pohl, Kerstin (2019): Mit der Klasse zur Demo? Chancen und Gefahren realen politischen Handelns im Kontext politischer Bildung; <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/299187/politisch-handeln> (zuletzt abgerufen: 03.08.20)

Stein, Hans-Wolfram (2016): Reales Handeln mit Projekten zur Demokratie als Herrschaftsform; in: Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter Zorn (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Bonn; S. 197-206

Wohnig, Alexander (2018): Demokratiebildung durch politische Aktionen in der Kooperation von Schulen und außerschulischer politischer Bildung, in: Kenner, Steve/Lange, Dirk (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung, Frankfurt/M., S. 269-281.

